

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 1,20 Mk., halbes Jahr 2,40 Mk., ein Jahr 4,80 Mk., drei Jahre 12,00 Mk. (Postgebühren sind inbegriffen).  
**Verantwortlicher:**  
 John Wertheck, Halle.  
**Verlag & Buchhandlung:**  
 Halle (Saale), Burgstr. 44.  
 Druckort: Halle (Saale).  
 Druckereibesitzer: J. Wertheck.  
 Verlagsort: Halle (Saale).  
 Verlagsnummer: 1019.



**Einzelheftpreis:**  
 10 Pfennige.  
**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 1,20 Mk., halbes Jahr 2,40 Mk., ein Jahr 4,80 Mk., drei Jahre 12,00 Mk. (Postgebühren sind inbegriffen).  
**Verantwortlicher:**  
 John Wertheck, Halle.  
**Verlag & Buchhandlung:**  
 Halle (Saale), Burgstr. 44.  
 Druckort: Halle (Saale).  
 Druckereibesitzer: J. Wertheck.  
 Verlagsort: Halle (Saale).  
 Verlagsnummer: 1019.

**Sozialdemokratisches Organ**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schmeinitz, Corgau-Riebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

**Ein österreichischer Rotschrei.**

**Kenner an Clemenceau.**  
 St. Germain, 11. Juni. Nach einer Ausr.-Bureau-Meldung hat Staatskanzler Renner gestern dem Ministerpräsidenten Clemenceau eine Note überreicht, in der den Rädern der Einreise vorgehalten wird, daß das deutsch-österreichische Volk durch die Bedingungen der unentbehrlichen Mittel zur Erhaltung seines Wirtschaftslebens und zur Aufrechterhaltung der staatlichen und bürgerlichen Ordnung bedroht wäre. Gegen ihren Willen würden mehr als vier Millionen Millionen in Österreichische Kronen in die Hände fremdlicher Feinde übergehen. Der neue Staat würde nur ein Viertel für seine Bevölkerung notwendigen Nahrungsmittel selbst erzeugen, er müßte jährlich zwölf Millionen Kronen kaufen, er könnte die notwendigen Einheiten nicht durch Kaufkraft decken, weil ihm mit den deutschen Gebieten Österreichens, Wäldern und Schieferen fast alle Exportmöglichkeiten entzogen werden. Gleichzeitig würde sein Exportvermögen finanziell und betrieblich ruiniert. Mit dem Verlust der deutsch-österreichischen Wälder in Südtirol entfielen auch die ausländischen Zahlungsmittel aus dem Fremdenverkehr. Die Einfuhr würde nicht zu bezahlen sein.  
 Die neuen Staaten hätten kein Behörtennetzwerk, kein deutsches Postnetz, auch eine Regelung durch Einträge durch deutsch-österreichische noch verbleibenden Kapitalien wäre unmöglich. Der Unternehmungskapitalismus für die Schulden der deutsch-österreichischen Staatsangehörigen werde so festgelegt, daß sie ungefähr zweimal höher gehen müßten, als sie tatsächlich sind. Die Eingehung des in Gebieten der früheren Monarchie befindlichen, das heißt fast des ganzen Vermögens der deutsch-österreichischen Staatsbürger wäre eine Unmöglichkeit. Damit würde der vollständige finanzielle Zusammenbruch des Staates herbeigeführt werden. Die meisten Unternehmungen würden durch die Beschlagnahme ihres Vermögens in den anderen Ländern der früheren Monarchie entzogen und die Schulden des überlebenden deutsch-österreichischen Staates durch die Verpflichtung, die enteigneten Besitzer zu entschädigen, unerschwinglich.  
 Die Note erklärt weiter, die Friedensbedingungen müßten sehr wesentliche Änderungen erfahren. Ueber die Regelung der territorialen Fragen würden schon in den nächsten Tagen von deutsch-österreichischer Seite Vorschläge gemacht werden. Zur Entrohnung der wirtschaftlichen Bedingungen müssen den sich in die Gebiete der Monarchie teilenden Staaten wird die Schaffung eines besonderen Wirtschaftssystems unter dem Vorbehalt von Delegierten der alliierten Großmächte vorgeschlagen, in dem auch Deutsch-Österreich mitarbeiten würde. Der Friedensschluß könnte erfolgen, ohne den Rückschlag der Arbeiten dieses Ausschusses abzumachen.  
 Die Note weist darauf hin, daß die Wirkung der Friedensbedingungen nicht den Wünschen der gegenwärtig die Geschicke der Welt lenkenden Mächte entsprechen könnte. Die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutsch-Österreichs würden ein politisches und soziales Chaos bewirken, in das unermesslich die nächsten Klagen verdrängt werden würden und dessen letzte Auswirkungen unabsehbar seien.  
 Die Note erklärt zum Schluß: Wir können vorweg keinen Zweifel darüber lassen, daß die derzeitige deutsch-österreichische Regierung, die durch sechs Monate unter den größten Anstrengungen die innere Ordnung und den äußeren Frieden des Landes aufrecht erhalten hat, für die Folgen solcher Friedensbedingungen eine Verantwortung zu übernehmen nicht in der Lage wäre.

**Vor der Entscheidung.**

**Uch Tage Bedenkzeit.**  
 Warschau, 11. Juni. (W. Z. B.) In dem diplomatischen Bagericht heißt es a. a. Die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund wurde gestern dem Bicerat noch nicht erledigt, dagegen wird die zweifelhafte heute ein Ende kommen. Bezüglich der polnischen Grenzfrage scheint eine Lösung bevorzustehen, wonach eine Art gemeinsamer deutscher Völkerbundvertrag durchgeföhrt werden soll.  
 Man hofft, die Antwort auf die deutschen Gegenanträge am Freitag, den 13. Juni, werden in einem Bescheid mitteilen, bezüglichen auf diesen Tage nach Belgien. Die Antwort der Alliierten an Deutschland wird vorläufiglich einseitig Natur sein und der deutschen Delegation will keine Gelegenheit zur Diskussion mehr gegeben werden. Die deutsche Delegation wird eine Frist von 24 bis 26 Stunden erhalten, um nach Berlin zu fahren, um sich mit Regierung zu besprechen und dann die Antwort bekanntzugeben.

**Der amerikanische Senat erhebt Einspruch.**

Washington, 11. Juni. (New York.) Der republikanische Senator Knox brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, der Senat könne sich den Bestimmungen des Völkerbundesvertrages nicht anschließen und schlägt für die Unterzeichnung eine Erklärung des Völkerbundesvertrages von 28 Tagen Bedenkzeit vor. Dies würde jedem Volk gestatten, sich seine Entscheidung über den Völkerbund ohne Nachteil vorzubehalten. Der Antrag wurde dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zur weiteren Ermahnung überlassen. Dem Vernehmen nach wird eine Entscheidung als offizielle Mitteilung an die Friedenskonferenz beabsichtigt, wonach der Senat sich der Unterzeichnung

des Friedensvertrages in seiner gegenwärtigen Fassung nicht erheben werde.

**Amerikanische Forderungen.**

Paris, 12. Juni. Aus New York wird gemeldet: Die Vertreter fünfjähriger Bestätiger in den Vereinigten Staaten erklärten in einer Mitteilung an den amerikanischen Kongreß, daß amerikanische Bürger von Deutschland für Schäden durch den U-Bootkrieg und für Beschlagnahme amerikanischen Eigentums in Positionen eines 100 Millionen Dollars, als ein etwa 10 Milliarden Mark nach der jetzigen Währungsveränderung. Der Schaden durch den U-Bootkrieg allein stellt sich auf 600 Millionen.

**Die Gärung in Frankreich.**

**Die Streiks dauern fort.**  
 Versailles, den 11. Juni. (W. Z. B.) Die großen Streiks dauern in unermüdetem Umlauf. Die Untergrundbahn und die Omnibusgesellschaft können eine Anzahl Untergrundbahnzüge, Omnibusse und Straßenbahnwagen, die von Streikbrechern geföhrt werden, in Betrieb erhalten. Mehrere Straßenbahnwagen, die gestern das Depot verlassen wollten, wurden von Streikenden angegriffen und in Brand gesetzt. Die Polizei benimmt sich sehr zurückhaltend, so daß nur ganz selten Ausschüsse vorkommen.  
 Die Konfederation Generale du Travail (Allgemeiner Arbeiterbund) und die Kartellverbände der Bergleute, Metzwerker, Eisenbahner, Fabrikarbeiter, Transportarbeiter, Metallarbeiter und Bauarbeiter nahmen gestern zum Streik Stellung. Das Kartell vertritt heute eine Mitteilung in der Presse, in der erklärt wird, davon Kenntnis zu nehmen, daß die Bergleute und Seelenen den Generalstreik auf den 16. Juli festgelegt hätten, falls die Forderungen nicht völlig durchgeföhrt seien. Das Kartell erklärt sich mit den beiden Gewerkschaften solidarisch. Die Arbeiterschaft und die Streikenden bitten nicht nachzugeben und sich von der Regierung weber einzulassen noch herausfordern lassen. Das Kartell werde die Aktion der Verbände gegebenenfalls feierlicher durch eine Aktion unterstützen. Durch den vergrößerten Friedensschluß, durch die jährliche Teuerung, durch die wachsenden neuen Steuern, durch die Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Bürger, durch den Verlust, die russische und ungarische Revolution zu ersticken, und durch die Verögerung der Demobilisierung und der allgemeinen Annahme eine Lage geschaffen, der man nur durch eine gemeinsame nationale und internationale Aktion wehren könne.  
 Der Minister in Louloue, Herr, H. Dorel (W. Z. B.) Heber die bereits bekannte Erklärung des französischen Infanterie-Regiments in Louloue erklärt das Herrer Tagblatt von durchaus zuverlässiger Seite, daß es sich um das in Louloue stehende Infanterie-Regiment 28 handelt, das mit roten Fahnen die Straßen durchzog unter den Rufen: Nieder mit Clemenceau! Nieder mit der Regierung! und sich weigerte, weiter zu marschieren zu tun. Ein anderes Infanterie-Regiment, dem vom Amerikontext die Enttrossung der Minister befohlen wurde, weigerte sich, dem Befehl nachzukommen, so daß zur Unterdrückung der Revolte die reitenden Jäger von Montauban herbeigekommen wurden.

**Italien vor dem Generalstreik.**

Rom, 11. Juni. (W. Z. B.) Nach dem Giornale d'Italia hat sich die politische Lage damit angepöhrt, daß eine Rinderkrise nicht ausgebrochen ist. Orlando wird am Sonntag in der Hauptstadt zurückzukehren.  
 Im Secolo kommt heute Vernehmung über die Zustände in Spanien zum Ausdruck. Der Reich der italienischen Arbeiter riefen richtig mit Rücksicht auf die Lebensmittelnot das bringende Ertrüben an die Regierung, alle bei der Witterungsverhaltung befindlichen Lebensmittelvorräte zur Verfügung zu stellen und ohne Rücksicht auf die Kosten sofort zu billigen Preisen auf den Markt zu bringen. Trotz aller Zugeständnisse der Regierung hat sich die allgemeine Arbeiterschaft heute eingestellt und sich besonders über Mailand, Bologna und Genua verbreitet. In Savona und Turin freilich die Streikgraphenangehörigen. Der Bewegung haben sich teilweise auch die höheren Beamten angeschlossen. Aus dem ganzen Lande wird eine Bestätigung der Lage gemeldet. Nach dem Wankt ist man von einem Generalstreik nicht mehr entfernt. In Paris kam es zu erheblichen Kämpfen. In Mailand streikten hundert Metallarbeiter. Die Arbeiter der großen Haberwerke, die 7000 Mann beschäftigen, sind bereits in den Ausstand getreten.

**Der Vormarsch der ungarischen Roten Armee.**

Budapest, 11. Juni. Das Ungar. Z. u. A. Bureau meldet: Rüdlich Eben schlugen wir einen Angriff des Feindes zurück. Rüdlich Eben entfallen die Feinde gegenüber unseren Stellungen ertrüben Widerstand. Im Rimalat haben wir 2000 im Sozialen Roten Armee genommen und versetzt den fliehenden Feind. Rüdlich und nordwestlich von Eperjes besetzen wir Baracs und Kis-Eben.

**Wühelm soll sich verantworten.**

Rotterdam, 11. Juni. (W. Z. B.) Der Rienne Rotterdam Courant meldet, daß in Brüssel eine Bekanntmachung ausgeföhrt wurde, in der der frühere Kommandant von Doornik, General Coppier, der frühere Kronprinz von Bayern und der frühere deutsche Kaiser zu dem 18. Oktober 1918, über morgens vor die 8. Kammer des Bundesgerichts in Brüssel stehen werden, um sich für zu beschreiben, die in ihrem Namen während der Besetzung begangen wurden, aber verantworten.  
 Baumwolle aus Amerika. Im Hamburger Hafen traf Mittwochabend laut H. B. wieder der erste Baumwollhammer aus Amerika ein.

**Nur „Gemeinwirtschaft“.**

**1. Die Denkschrift.**  
 Vor einiger Zeit wurde mitgeteilt, daß das Reichswirtschaftsministerium dem Gesamtamt für Wirtschaftsprüfung ein Programm unterbreitet habe, das von einer Denkschrift begleitet wurde. Die Wossische Zeitung hat vor einigen Tagen bereits einen Auszug daraus veröffentlicht. Die W. Z. ist in der Lage, weitere Einzelheiten aus ihrem Anhalt mitzuteilen.  
 In dieser Denkschrift werden sehr herbe Urteile über die bisherige Tätigkeit der Regierung geföhrt. Dieser Kritik wird von einem Ministerium an der Gesamtregierung geübt, und das gibt ihm seine besondere Note. Freilich bedeutet in diesem Falle die Selbstkritik noch nicht den ersten Schritt zur Besserung, denn nach den Vorschlägen der Denkschrift an die Stelle dessen treten soll, was bisher geföhrt ist, erst jetzt gerade nicht bezweckend.  
 Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vom 7. Mai 1919 beginnt folgendermaßen:  
 Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß das Kabinett von Tag zu Tag Teile seines Vertrauens in der Bevölkerung einbüßt. Darüber darf die Laune nicht hinweggesehen, daß die Stellung des Kabinetts, rein politisch betrachtet, durch das Vertrauen einer parlamentarischen Mehrheit bis auf weiteres gesichert erscheint.  
 Wenn schon keineswegs bestritten werden soll, daß eine Reihe von unabänderlichen und unveränderlichen Umständen die Umfassung des Volkes betrifft, so läßt sich dennoch nicht leugnen, daß für gewisse Schwierigkeiten die Regierung und die ihr zugrunde liegende Parteiorganisation mitverantwortlich ist. Insbesondere wird hervorgehoben, daß durch die Eröffnung eines verletzenden Krieges und durch die Zwangsmassnahmen, welche aus diesem folgten, Freiheit des Regierungsorgans unerschütterlich zerstört, aber gewiß nicht zerstört, so daß das Volk in der Lage berechtigt ist, von der Regierung sei nicht jede Gelegenheit angenußt worden, um dasjenige zu erreichen, was es auszuführen.  
 Um nach Möglichkeit in letzter Stunde die W. Z. n. t. m. d. j. nach Katastrophe aufzufassen, führt sich das Reichswirtschaftsministerium verpflichtet, in aller Offenheit seine Politik darzulegen und Abhilfemaßregeln vorzuschlagen.  
 Die Denkschrift führt weiter aus, daß das Reichswirtschaftsministerium schon mehrmals auf Konstruktivschritte der Verbesserung der Wirtschaft hingewiesen habe, doch bis jetzt ungenutzten Stellen der Reichsregierung keine Meinung geäußert. Die Wirtschaftspolitik sei neben dem Demobilisierungsamt systemlos auf Reichswirtschaftsministerium, Ministerium des Innern, Arbeitsministerium, Schatzministerium und Reichsfinanzministerium verteilt worden, wozu dann noch die Waffenstillstandskommission trat. Eine einheitliche Wirtschaftspolitik sei bei dieser Schlinge kaum umöglich und dabei handelte es sich nicht um reine Kompetenzfragen. Hinter den Kompetenzen ständen vielmehr grundsätzliche Gegenstände in der Wirtschaftspolitik.  
 Diese organisatorische Unklarheit werde geradezu den Anfang, als werde das Regierungsamt mehr je als Selbstzweck statt als Mittel zum Zweck betrieben. Daher müßte die Zahl der Reichswirtschaftsminister vermindert und ihr gemeinsames Verhältnis stark abgegrenzt werden. Und nun folgt die Denkschrift:

Die Lösung dieser Aufgaben hängt nicht von der Uebereinkunft anderer Hindernisse ab, sondern bedarf lediglich des Entschlossens, innere Widerstände im Schoße der gesellschaftlichen Körperschaften zu beseitigen. Das solche Widerstände durch das parlamentarische System nicht gelöst werden, sondern geklärt werden, damit das Reichswirtschaftsministerium durchaus nicht. Jeder gerade in dieser Laune erblickt es eine entscheidende Gefahr; in einer Zeit wie der jetzigen kann der Sinn des demokratischen Prinzipiums dadurch in sein Gegenteil verkehrt werden, daß man auf grundsätzliche Auseinandersetzungen verzichtet, nur um den Zusammenhalt der Mehrheit nicht zu gefährden.  
 Das liegt in den Schwierigkeiten, die einem Koalitionskabinett erwachsen, die darin begründet sind, daß man von solchen grundsätzlichen Auseinandersetzungen absteht, nur um den Zusammenhalt der Koalition nicht zu gefährden.  
 Eine notwendig zusammenfassende Koalition muß jedoch über kurz oder lang erfolgen, indem sie sich als programmatisch und ideologisch erweist und dann plötzlich dem Anschein irgendwelcher Winderheit unterliegt.  
 Was bisher im Rahmen der programmatisch vollgezogenen Koalition an wirtschaftlichen und sozialen Reformen erfolgt ist, trägt den Charakter des Notkompromisses an sich und begegnet im Lande Zweifel an der Echtheit der Einigung.  
 Bei dem Fehlen eines faren angedeuteten Programms des Kabinetts gerade auf innerpolitischen und wirtschaftlichen Gebiet ist jede Art von Nachschritt und im Sinne des Reichswirtschaftsministeriums besonders die Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitik zu kurz gekommen, oder mit anderen Worten: dem demokratischen Prinzipium geblieben. Es ist allerdings die Zeit, diese Fehler wieder gutzumachen, wenn anders man den Sozialismus nicht wollen anarchischen Experimenten überlassen und überdies die Demokratie einbüßen will. Das Urteil, das die Denkschrift über die Wirtschaftspolitik der Regierung fällt, trifft für ihre gesamte politische Tätigkeit zu. Und es ist noch milde ausgedrückt, wenn man nach dem Verfasser der Denkschrift nur meint, der Sozialismus

haben" werden. Die Regierung über Scheidemann hat es geradezu verhindert, daß mit der Verwirklichung des Sozialismus begonnen wurde. Es ist nicht nur ein Scheitern, es ist ein Scheitern, sondern die kapitalistischen Interessen wurden planmäßig gefördert.

Nach an anderer Stelle ist die Denkschrift an die Reichsregierung kritisiert, indem sie verlangt, daß man diese Denkschriften mit Vernehmlichungen auf den Reichsständen solle. Was die Denkschrift als solche "unumstößlich anerkennen" ist sehr anerkennen, aber es steht doch schon in einem deutlichen Gegensatz zu der bisherigen Regierungsweise. Die Denkschrift steht aus ihrer Zeit als "Politik" da, die nunmehr mit einer einseitigen "Politik" politisch Ernst gemacht wird. Jedoch bringen ihre Vorschläge nicht etwas Neues, sie verlangen keine grundsätzliche Umwälzung. Sie spricht sich über Sozialismus, aber dieser Sozialismus entpuppt sich, wie wir später noch sehen werden, als eine Variation der bestehenden "Gemeinwirtschaft"; es soll lediglich seine Umgestaltung stattfinden. Ueber das, was die Regierung bisher getan oder vielmehr nicht getan hat, und was, was die Denkschrift der Regierung zu tun vorschlägt, erfahren wir folgendes:

Eine sozialistische Regierung darf gegenüber den verschiedenen Begriffsinhaltungen und den Worten die "Sozialisierung" oder "Sozialisierung" nicht länger eine unverständliche und widersprechende Vagheit zeigen. Wer die Debatte über diese Worte seit einigen Monaten verfolgt, gelangt zu dem Eindruck, daß sich durchaus nicht spontan, sondern durch allmähliche und zwar in Ermangelung eines offiziellen programmatischen Leitfadens die Umschreibung von "Sozialisierung" mit "Enteignung" vollzogen hat. ... Zweifellos hat das nunmehr fast halbjährige Schweigen der Reichsregierung einen Zustand geschaffen, in dem es der radikalsten Opposition nicht schwer fällt, mit Scheitern zu drohen. Und es ist nicht verwunderlich, daß die Regierung sich bei diesem Scheitern der Scheiternworte bemächtigt und mit ihrer Hilfe der notwendigen Entschloßung vorantreibt, um danach gemäßigter Schritte an der Spitze zu bleiben. Das Reichsrichtersministerium kann diese "politische Denkschrift" nicht billigen, sondern vertritt die Auffassung, daß der Sozialismus aus Jahrzehnten hinaus durchführbar ist, wenn er in Ermangelung eines offiziellen Leitfadens sich durch die Umgestaltung des Sozialismus in eine nur bedingt politische, fastliche Sozialaufgabe, die man durch partielle "Sozialisierung" vielleicht nicht immer hindert, aber meistens vermindert und keineswegs löst. Die Denkschrift schließt mit dem Vorschlag, die gemeinwirtschaftliche Schwerebelastung unter "Sozialisierung", die für die Arbeiter und Bauern die besten Vorteile mit sich bringen. Gegen die Erweiterung der Monopolisierung werden Bedenken erhoben, da bei der heutigen schlechten Finanzlage des Reiches im Verein mit dem schlechten Stand der Welt die Monopolisierung ein schlechtes Geschäft für den Staat sein würde. Vielmehr hält die Denkschrift es für wünschenswert, daß das Reich mit Hilfe der Vermögensgabe in den Besitz von Produktionsmitteln eindringen und je gemeinwirtschaftlich betreiben soll.

Das ist die "Gemeinwirtschaft", die in einem der Denkschrift beigefügten Wirtschaftsprogramm des näheren ausgeführt wird. Man erkennt schon aus dem, was hier mitgeteilt wird, daß der Verfasser trotz seiner Bekämpfung für die Sozialisten durch den Kapitalismus nicht die Sozialisten, sondern die Sozialisten durch die Verwirklichung des Sozialismus durch das Volkrecht für die schlechte Kurstunde der Welt und die ungenügende Finanzlage des Reiches sind die entscheidende Rolle spielen, wird deshalb dem Verfasser der Denkschrift nicht klar. Ueber seine einzelnen Vorschläge zur Verwirklichung der "Gemeinwirtschaft" werden wir in einem zweiten Artikel berichten.

### Telegramme zu Lebnis Ermordung.

Wie berichtet wurde, hat Ministerpräsident Scheidemann in einem Telegramm an den bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmann erwidert, das Todesurteil gegen Lebnis nicht zu vollziehen. Das Telegramm ist allerdings nicht an Hoffmann, sondern an den Reichspräsidenten Ebert gerichtet. Hoffmann soll es dem Reichspräsidenten übergeben, der sich bei der Verurteilung durch eine Kommission aus dem Reichstag entsagen sollte. Wie E. Z. W. jetzt meldet, kam er "aus der Schweiz ein dringendes Telegramm an das Reichspräsident, in dem er sich für die Vollziehung des Todesurteils Lebnis energisch wiperierte. Das Telegramm kam zu Hoffmann. In einem weiteren Telegramm wandte sich Hoffmann an die Ministerien und machte ihnen von seinen Bemerkungen Mitteilung und sprach sich über die sofortige Vollziehung des Todesurteils aus."

Wiederum, das Ministerpräsidenten gerade in einem Falle, wo es ein Denkmal zu setzen galt, mit dem Telegramm an den Reichspräsidenten, das er sofortiger Beachtung wert ist. Die Begründung der Telegramme nicht die Lebnis während der Verurteilung geben können, denen an der Hinrichtung Lebnis besonders viel gelegen war?

### Proteste der Münchener Arbeiterkassen.

Nachfolgende Entschließung ist von zwölf Münchener Arbeiterkassen angenommen. Die Arbeiterkassen der unterzeichneten Großbetriebe erheben scharfsten Protest gegen die trotz Einspruchs der Arbeiterkassen erfolgte Erziehung Lebnis, der lediglich als Beauftragter der Arbeiterkassen gehandelt hat, und dessen Handeln daher auch nicht als Vertreten anerkennen werden kann. Die Arbeiterkassen wärnt die Lebnis Regierung, nachdem die Stimmung aus der Arbeiterkassen ist, vor weiteren Ergründungen ihrer Führer. Die durch Nichtbeachtung der Warnung mitzufolgende Folgen müßte sich in diesem Falle die Regierung selbst zuzurechnen. Die Arbeiterkassen verlangen ferner die sofortige Aufhebung der Berufung der Lebnis, in der sie das einzige Organ erwidert, daß sich nicht um ganz die Interessen der Arbeiterkassen handelt, und energig gegen die weitere Willkür des Militarismus kämpft. Auch verlangt die Arbeiterkassen die sofortige Aufhebung des Strafrechts und volle Verleumdungsfreiheit.

### Waffenübergabe in Mannheim. In Mannheim fand am Dienstag eine Waffenübergabe als Probe gegen die Erziehung Lebnis statt. Die Teilnehmerzahl betrug 20000. Die Reichsregierung erwidert, da sie zur Waffenübergabe außerordentlich gut, eine große Niederlage.

### Mingelhof vor dem Staatsgericht.

Am Dienstag begann vor dem Staatsgericht in München der Hofvertragsprozess gegen den Nationalökonom und früheren Führer der Rätepartei Rudolf Mingelhof und seine Frau Emma Mingelhof. Der Staatsanwalt führte zur Begründung der Anklage aus: Mingelhof hat in einer Vernehmung der Angehörigen und Arbeiterkassen in der Betriebsstätte am 5. April auf die gemeinnützige Erziehung der Rätepartei hingearbeitet. Er hat sich dann der Rätepartei zur Verfügung gestellt und sich ihr als beratendes Mitglied angeschlossen. Am 10. April die Regierungstruppen gegen München bewandert, um ihnen die Wehr Arme entgegen. Der Mingelhof hat sich hier als Ministerienmitglied im Reichstag doch beteiligt und vor beim Stabe der Wehr Arme tätig. Wegen die Wiltungsfreiheit Frau Mingelhof lautet die Anklage auf Verleumdung eines Vertriebenen des Hochverrats, weil sie in die Weiden der Wehr Arme eingetreten ist, das Vorgehen ihres Mannes unterstützt hat und sich teil in Doku, teil an der Kompromittierung hat.

Es ist bemerkenswert, daß der Staatsanwalt legt auch die Teilnahme an der Erziehung der ersten Rätepartei als Hauptverbrechen dar. Man wird es gegen Herrn Scheidemann, den Haupttreiber hierbei, Anklage erheben.

### Die Studenten gegen den Münchener Noed.

Die sozialistische Studentengruppe Halle protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die unumstößliche und allen Seiten der Natur widersprechende Handlungsweise der deutschen Regierung, die es keine braucht, wegen Verhinderung von reinem Idealismus, eintragender Laster, die Arbeit zu befehlen, und in mittelalterlicher Weise eine Verlobung auf den Kopf unter Kampf- und Stabingenswerten Toller aussetzt. Wir verlangen Unterordnung und Abfertigung aller Verhafteten durch ordentliche Volksgesichte und Abfertigung aller Stand- und Militärgerichtsbereit.

### Agarische Freiheiten.

Vor einigen Tagen hat der Brandenburgische Landbund dem Reichsernährungsamt folgende Forderungen unterbreitet:

1. Die restlose Aufhebung der Zwangsmitteilung für alle Produkte aus der neuen Ernte, für Weizen, Getreide und Vieh, aber, mit Wirkung vom 1. August 1918 ab.
2. Bis zur restlosen Aufhebung der Zwangsmitteilung die Befreiung folgender Preisbestimmung mit sofortiger Wirkung:
  - a) Für das gesamte Schlachtvieh (Rindvieh, Schweine und Schafe) eine Erhöhung der jetzigen Preise um 100 Proz.
  - b) Für die Milch eine Erhöhung auf 0,80 RM für das Liter ab Stall.
  - c) Für die Butter eine Erhöhung auf 6 Mark pro Pfund.

Sie wurde folgende Drohung ausgesprochen: Wenn diese Forderung ebenso wie die vielen schriftlichen und mündlichen Eingaben und Proteste, die in den letzten Monaten gemacht worden sind, von seiten der Regierung keine ausreichende Berücksichtigung finden, sind die Führer der Landwirtschaft nicht mehr in der Lage, die Massen von planloser Selbsthilfe abzuhalten und damit müssen sie auch die Verantwortung für die hieraus entstehenden Folgen ablehnen.

Bei einer Unterredung der Vertreter des Landbundes mit dem Reichsernährungsminister Schmidt hat dieser die Forderung rühmend abgelehnt, da der Antrag lediglich aus dem Augenblicke gestellt sei, die Landwirtschaft zu beehren.

Diese Antwort hat die Entrüstung aller Agrarier und der ihnen nahestehenden politischen Kreise hervorgerufen. Aber auch die liberalen Blätter beteiligen sich an den Entrüstungsumgebungen gegen Schmidt, da ihnen seine Stellungnahme zur Zwangsmitteilung nicht weitgehend genug ist.

Daß Schmidt diese unerschämten Preisforderungen der Landwirte rühmend ablehnt, halten wir für eine Selbstverständlichkeit. Wir möchten aber trotzdem betonen, daß wir uns genau so wenig wie mit der Freigabe des Eierhandels, mit der Freigabe der Viehbesitzung einverstanden erklären können, die Schmidt in neuen Entschloßungen durchführen will. Es ist falsch anzunehmen, daß die agrarischen Kreise oder Handelskreise mit solchen Zugeständnissen irgendwie befriedigt werden, im Gegenteil, wie das Vorgehen des Landbundes zeigt, schärfen sie daraus nur neue Kraft zu ihrem Vorgehen gegen die "Zwangsmitteilung".

Eine Vernehmung von den Agrarier. Wie E. Z. W. hört, hat das Reichsernährungsamt die Zwangsmitteilung der Getreide vorläufig wiederbeibehalten werden, wenigstens bis die Ernte überbracht werden kann.

### Es wird weiter gelogen!

Wie die Bremer Freie Zeitung feststellt, ist die Ueberzeugung des Volklichen Tagesabendblattes von der Antwort Clemenceaus auf die Wirtschaftsnotwendigkeit ein trauriges Zeugnis dafür, wie man dem deutschen Volk auch immer noch mit solchen aufgesetzten Antworten in unvollständiger und verflämmt. Gerade alle diejenigen Stellen sind ausgelassen und entstellt, die wohlweislich von der deutschen Schuld am Krieges sprechen, um die barmherzigen Bedingungen zu verfeinern und zu begründen.

### Die Forderung der Bergwerksaktionäre.

Unter der Ueberchrift: "Der Gewinn des Ruhrbergbaues während der ganzen Kriegszeit in einem halben Jahre aufgehoben" bringt die Deutsche Tageszeitung eine "ergreifende" Darstellung von der Notlage der Bergwerksaktionäre in Ruhrgebiet. Bruno Stinnes, der als Vorsitzender des Reichsverbandes deutscher Bergwerksaktionäre einen tiefen Einschnitt in die Lage des Kohlenbergbaues hat, sagt das Wort, schäme die Betriebsverluste des gesamten rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues seit Beginn der Revolution auf eine halbe Milliarde Mark.

Realität sind an diesen Verlusten einzig und allein die Bergarbeiter schuld und mit trauergrünem Auge sagt der Reichsverband der Deutschen Tageszeitung: "Die Bergarbeiter erkennen zum großen Teil noch immer nicht die schweren Gefahren, die die heutige Wirtschaft in sich birgt, und glauben, durch anhaltende Forderungen und Arbeitsmangel nach rechtschaffenen Mitteln ihre Lage verbessern zu können. Die volkswirtschaftlichen Führer ihre Lage verbessern zu können. Die Bergarbeiter gefaltet haben, zeigen die in der Arbeiterpresse des Ruhrgebietes jüngst veröffentlichten Mitteilungen. Mit Schreden sehen die gelassenen Führer der Volkswirtschaft, daß ihre Sache immer weiter verloren ist, wenn es nicht gelingt, die Arbeitermassen wieder an regelmäßige produktive Tätigkeit zu gewöhnen."

Nachdem es das feststeht, daß der Schmal der Deutschen Tageszeitung, werden die Arbeiter der Regierungskolbaten, die Rolle in das Bergwerksgebiet schickte. Schlicht ist man das falls fallen, abhüten und zugunsten der nachfolgenden Bergwerksaktionäre und Aktionäre auf die Spitze ihres Lebens verurteilen. Dem nun sehr feine Kapitalisten zur Verbindung, damit es den Arbeitern gut geht, und daß Rolle der Regierungstruppen ins Ruhrgebiet geführt hat, nur damit jemand da ist, der den Arbeitern die Nase durchsahn kann.

### Gewerkschaftliches.

#### Zum Verbandstage der Bergarbeiter.

Einladung in einer Vernehmung aller Delegierten, die auf dem Vorschlag des Reichsverbandes der U. G. V. zur Gewerkschaftstrage treten. Zweck der Vernehmung ist, eine Einigung des Verbandes zu begreifen. Zeitpunkt der Vernehmung am 15. Juni, Mittags 1 Uhr, in der Stenografie, Weststraße, in Siefeld.

#### J. H. Seifert, G. B. Bogen (Westl.).

Holzarbeiterstreik in Nürnberg. Bei allen dem Verbände der bayerischen Metallindustriellen angehörenden Fabrikanten in Nürnberg haben die Metallindustriellen und technischen Angestellten die Arbeit wieder aufgenommen. In dem Zusammenhang der Arbeiterkassen, die am 10. Juni, die Mitglieder der Nürnberg Metallarbeiter und sonstigen Arbeiter in den Austausch getreten, da über

Berichtungen nicht gemeldet wurden. Die Arbeiter betrachten die ausgeht in Berlin stattfindenden Verhandlungen über den Abschluss eines Reichsrahmens als ausfallslos.

## Aus der Provinz.

### Die Landräte regieren weiter.

Die gekürzten Könige und Fürsten in Deutschland hat die Revolution hinweggefegt; an Stelle des christlichen Königtums trat der sogenannte Volkstaat. Das Klassenwahlrecht wurde abgeschafft durch ein demokratisches Wahlrecht und durch dieses Wahlrecht regiert das Volk sich selbst. Daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht den Reaktionsären ein Dorn im Auge ist, bedarf keiner weiteren Erklärung. Inzwischen haben sie sich dem Zwange gefügt, ihren Augenlid jedoch bereit zum Gegenstoß, um ihre frühere Machtstellung wieder auf neue zu festigen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit haben sie die Hand im Spiele, um zugunsten, wenn ihnen Heilmitteln und Gelegenheit günstig erscheinen.

Nachdem die gekürzten Könige ihrer Macht entsetzt, aber die ungeliebten Könige, die preussischen Landräte, regieren weiter. Fast purlos ist die Revolution an ihnen vorübergegangen. Noch in viel zu vielen Kreisen spielt der Herr Landrat in seinem Kreisbezirk eine unbedingte Rolle. Selbst im industriereichen Mitteldeutschland gibt es noch Kreise (Ebersberg, G. Meining, Querfurt), in denen der postkonstitutionelle Landrat noch heute so unumstößlich herrscht, wie vor "glorreichen" Zeit des angekommenen Christentums Gottes Gnaden. Wohl sind fast allerorten den Landräten nach Ausbruch der Revolution Weidgerechtigkeit gezeigt, denen das Wahlrecht zugest. Aber es müssen ja keine preussischen Landräte sein, wenn sie es nicht verdrängen, trotz der Weidgerechtigkeit ihren Willen durchzusetzen. So haben wir denn die wenig erbauliche Tatsache zu verzeichnen, daß ein großer Teil der Landratsbesitzerinnen zur wichtigen Bedeutungslosigkeit herabgedrückt wurden, zum Gaudium der reaktionären Wissenschaftler.

Man muß aus eigener Erfahrung wissen, wie empört die sozialdemokratischen Reichsbanner sind, die unter der Rigorosität der Landräte noch jetzt zu leiden haben. Dann wird man auch verstehen, daß der Innung gegen eine sich sozialistisch nennende Regierung laut wird, die heute noch solche Zustände bildet. In diesem Verwaltungswesen wäre am allermeisten das große Aufräumen nötig gewesen. Auch durch die nunmehr eugenischen Kreisräte ist die Stellung der Landräte nicht gelockert worden. Die Kreisräte wurden nicht, wie bei den Nationalräten, durch direkte Wahlen gewählt, sondern durch ein indirektes Wahlrecht, nämlich durch die Wahlkörper der kleinen, zusammengelegenen, rüchhändigen Gemeinden. Kreisräte geheime und wirklich geheime Regierungskreise und verwandte Bergereignisse haben dieses Wahlrecht ausgedehnt, nach welchem die Regierung die Kreisräte wählen ließ. Dieser Sachlage ist bei der Wahl der Reaktion gelungen. Durch die indirekte Wahl kommt der Volkswille, namentlich auf dem Lande, nicht zum Ausdruck. Soweit sich bisher übersehen läßt, hat in dem weitaus größten Teil der preussischen Landkreise das bürgerliche und reaktionäre Element den Sieg davongetragen.

Der Vorgang in Lorange zeigt uns die hiertraurige Tatsache, daß in unserer sogenannten Republik die Landräte die wildesten Kreisezeitung in die Landratsämter einziehen, denn reaktionäre Kreisräte, die, wie oben geschildert, zumande gekommen sind, haben sie hoch misgeraten. Von den 16 Landkreisen des Bezirkes Magdeburg haben noch 9 Kreise sozialdemokratische Mitglieder erhalten. In den übrigen 7 Kreisen ist die "Revolution" aber purlos vorübergegangen, die Landräte über den im alten Sinne und in allgemöhrer Weise ihre "volkstümliche" und "unparteiische" Tätigkeit aus. Die sampe preussische Regierung wird ihnen die geringsten Schwierigkeiten machen, da sie ja auf Grund des "demokratischen Wahlrechts der Welt" gewählt sind, und noch dazu "ordnungsnahe". In anderen Provinzen, die nicht so gut angeordnet sind, wie die Provinz Sachsen, ist der Zustand noch unzulässiger. So sind z. B. in der demokratischen Provinz Schlesien-Pommern nur in 2 von 30 Kreisen sozialdemokratische Mitglieder erzieht worden. In Sachsen und anderen Provinzen ist es kaum anders geordnet.

Es verdrängen werden, daß die ungeliebten Könige unter den Fittichen des Volkstaates weiterregieren, so gilt es, sofort Einspruch zu erheben. Die Wahl der Landräte müßte durch Remuab (Stimmwahl) seitens der Kreisbewohner direkt erfolgen. Noch gangbarer wäre der von dem rechtssozialistischen Hamburger Echo vorgeschlagene Weg, daß man die Kreise zu einem großen Wahlkreise, wie bei der Wahl zur gesetzgebenden Landesversammlung, zusammenlegt, und dem Provinz Regierung überläßt. Eine weitere Notwendigkeit ist, daß sofort die offenen Landratsstellen (Merseburg) durch Sozialdemokraten als kommissarische Landräte besetzt werden. Im übrigen sind die reaktionären Landräte durch Sozialdemokraten — entsprechend dem Ständeverhältnis der Parteien im Wahlkreise — zu ersetzen, und zwar durch kommissarische. Das, so lange vorgelegene, wird der Demokratie Geltung verschaffen; nur so wird das Volk seinen Mann zeigen. "Schad dem König!", um ihn mit dem nächsten Zuge matszufegen.

### Der gestürzte Scheidemann.

Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung teilt mit: In der preussischen Landesversammlung ist mehrfach der Fall des Direktors Dr. Wohmenstucht in Vorhauen behandelt worden, der sich ganz ungehörig dem Reichspräsidenten über die sozialdemokratischen Lehrer hatte auszulassen kommen lassen. Der Unterrichtsminister Heinich hat nach Unterordnung des Falles nunmehr folgende Verfügung getroffen: Die Verfügungen des Direktors Dr. Wohmenstucht würden, falls wenn sie in einer politischen Verammlung gefasst wären, für einen Beamten entziehen zu misbilligen sein. Werden sie als gar in einer Elternversammlung gefasst, so müssen sie als scharfer Verstoß gegen den Takt auf das entschiedene zurückgewiesen werden. Es ist eine unumstößliche Tatsache, einen Lehrer deshalb für ungeeignet zu erklären, Verstoß und des Vertrantens der Eltern seine Schüler für unwürdig zu erklären, weil er der sozialdemokratischen Partei angehört. Ich beauftrage das Provinzialrat-Kollegium, dem Direktor Dr. Wohmenstucht meine entzündliche Mißbilligung auszusprechen und ihn zu erklären, daß er bei dem geringsten Verstoß aus dem Amt entlassen ist, unumstößlich von seinem Amt entzogen werden wird.

Dieser scharfe Verstoß, der sogar das Ministerium des langmütigen Königs erregt hat, muß sich ja besonders auf in die "neue" Zeit gefunden haben. Warum merzt man solche Elemente nicht radikallos aus? Was es nicht gerade im Reichspräsidenten und künftige Kräfte genug, um bewilligte Reaktionen zu erziehen?

Komm. Gemeinbevollmächtigter-Konferenz. Am Sonntag früh 9 Uhr findet im Rathhaus die lokale eine Konferenz der sozialistischen Gemeinbevollmächtigten des Reichspräsidenten statt. Die Tagesordnung ist: 1. Berichterstattung über die Tätigkeit der sozialistischen Gemeinbevollmächtigten. 2. Die Parteigenossen aus den umliegenden Orten sind dazu eingeladen.









# Zum Streit führt die Arbeit!

## Männer und Frauen des Proletariats! Heraus zum Protest gegen die Hecker der Revolution!

### Verteidigt den Sozialismus! Ehrt Eure ermordeten Führer! Zeigt Euch ihnen wert! Steigert die Sympathieundgebung für Rosa Luxemburg zum wichtigen Willensausdruck für den vollen Sieg der sozialen Revolution!

## Parteilag der Rechtssozialisten.

Weimar, 10. Juni.

Der Parteilag der Regierungsozialisten trat heute nachmittags 4 Uhr im Nationaltheater zusammen. Der Besuch ist sehr stark; der Tagungssaal der Nationalversammlung ist völlig gefüllt. In dem ersten Teil des Abends sprach der Parteivorsitzende, Herr Dr. Müller, über die Bedeutung der Parteitagung. Er sprach über die Bedeutung der Parteitagung für die Partei und für die Nation. Er sprach über die Bedeutung der Parteitagung für die Partei und für die Nation. Er sprach über die Bedeutung der Parteitagung für die Partei und für die Nation.

Genosse D. D. empfahl für den Theatervorstoß den Massenbesuch. Er empfahl für den Theatervorstoß den Massenbesuch. Er empfahl für den Theatervorstoß den Massenbesuch. Er empfahl für den Theatervorstoß den Massenbesuch. Er empfahl für den Theatervorstoß den Massenbesuch.

Wenn man an das Geisteswort denkt: „Im Deutschen Land man, mein man kühlich ist.“ Wandler von den gebildet tumber Herren ist kühlich sehr kühlich, innerlich aber ein brutaler Mensch. Nur der hat ein Recht, aber Arbeitssinn zu haben, der selbst praktische Arbeit geleistet hat.

Die Beschlüsse des Parteitagung sind: 1. Die Partei soll sich für die Verteidigung des Sozialismus einsetzen. 2. Die Partei soll die Ermordeten ehren. 3. Die Partei soll die Sympathieundgebung für Rosa Luxemburg durchführen.

Die Beschlüsse des Parteitagung sind: 1. Die Partei soll sich für die Verteidigung des Sozialismus einsetzen. 2. Die Partei soll die Ermordeten ehren. 3. Die Partei soll die Sympathieundgebung für Rosa Luxemburg durchführen.

Die Beschlüsse des Parteitagung sind: 1. Die Partei soll sich für die Verteidigung des Sozialismus einsetzen. 2. Die Partei soll die Ermordeten ehren. 3. Die Partei soll die Sympathieundgebung für Rosa Luxemburg durchführen.

## Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung hat heute folgende Beschlüsse gefasst: 1. Die Stadt soll sich für die Verteidigung des Sozialismus einsetzen. 2. Die Stadt soll die Ermordeten ehren. 3. Die Stadt soll die Sympathieundgebung für Rosa Luxemburg durchführen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat heute folgende Beschlüsse gefasst: 1. Die Stadt soll sich für die Verteidigung des Sozialismus einsetzen. 2. Die Stadt soll die Ermordeten ehren. 3. Die Stadt soll die Sympathieundgebung für Rosa Luxemburg durchführen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat heute folgende Beschlüsse gefasst: 1. Die Stadt soll sich für die Verteidigung des Sozialismus einsetzen. 2. Die Stadt soll die Ermordeten ehren. 3. Die Stadt soll die Sympathieundgebung für Rosa Luxemburg durchführen.

## Aus der Provinz.

Die Provinzialparlamentarier haben heute folgende Beschlüsse gefasst: 1. Die Provinz soll sich für die Verteidigung des Sozialismus einsetzen. 2. Die Provinz soll die Ermordeten ehren. 3. Die Provinz soll die Sympathieundgebung für Rosa Luxemburg durchführen.

**Walhalla-Operetten-Theater.**  
 8 Uhr, letzte Woche: 1744  
**Die Hochzeit des Maharadscha.**  
 Große Ausstattungsschau.  
 Fritz Steidl als Gast.  
 Kasse 10-14 und 4-6.

**Famlier. Mauthort.**  
 Kranz- u. a. Sorten Sekt.  
 Robbar u. Wolle kauft  
 zu höchsten Preisen  
**A. Weiss,**  
 Weis- und Weißbrot.  
 Ransschesstr. 1. Tel. 1687  
 Parteischriften-Vollstehend.

**Volkspark**  
 Burgstrasse 27.  
 Sonnabend, den 14. Juni 1919,  
 abends 8 Uhr:  
**Grosser bunter Abend**  
 der Ophella-Sänger.  
 1745 Die Geschäftsleitung.

**3 Könige, Varieté,**  
 Kl. Klausstr. 7.  
**Gastspiel der Leipziger Sänger.**  
 Riesigen Beifall, stürmische Heiterkeit  
 erzielen die Darbietungen der Künstler. 1734  
 Jeden Abend zwei Posen.

**Oberpollinger.**  
 Täglich: Künstler-Konzerte.  
 Heute: Walzer-Abend.  
 Freitag: Lieder-Abend.  
 Angenehmer, kühler Aufenthalt. 1717

**Germania-Lichtspiele,**  
 Triftstraße 22. 1728  
 Ab Freitag, den 13. Juni:  
 Neu! Erstausführung für Halle! Neu!  
**Die lachende Maske.**  
 Der spannendste Film der Neuzeit.  
 Packendes, ergreifendes Sittendrama in 4 Riesensakten.  
 Das köstliche Anna Müller-Linke-Lustspiel:  
**Mädel klein, Mädel fein.**  
 2 Akte tollsten Humors.

**Tanzkursus Preblers Berg**  
 Liebenauerstraße 4.  
 Übungsstunden jeden Dienstag und Freitag.  
 Herren und Damen werden zum Kursus mit  
 angenommen. 806  
 Fritz Schneckenburger.

**E. Kramers Konzerthaus,**  
 Döllitzschesstrasse 2. 1519  
**Täglich Konzert**  
 von erstklassiger Damen-Kapelle.

**Bratwurst glöckle-**  
**Varieté.**  
 Kleiner Beifall erregt alljährlich das vorzüglichste  
**Weltstadt-Programm!**  
 in Komiker, in Damen-Duett, in Kontrast-Duett.  
 Das vorzüglichste Volksstück: Familie Knoppe.  
 Freitag, nachmittags 3 Uhr: Familien-Vorstellung.  
**Schießklub „Gut Schuß“, Beesen.**  
 Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 3 Uhr,  
 im Schützenhaus zu Neukirchen:  
**Tanzkränzchen.**  
 Bandonium-Musik. — Es ladet freundlich ein  
 Der Vorstand. 2180  
 Warnich: 2 Uhr.

**Das Brot**  
 Überall zu haben.

Ab Freitag, den 13. Juni:

**UT**

Leipzigerstrasse Nr. 88  
 Fernruf Nr. 1224

**Henny Porten**  
 in dem wechselvollen  
 Drama in 4 Akten:  
**Die Schuld**  
 Vorführung: 5.00, 7.10, 9.30 Uhr

Lena  
 noble Bekanntheit  
 Ein Lustspiel in 3 Akten  
 mit köstlichem Humor  
 Hauptrolle:  
 Lena Ansel  
 Vorführung: 4.10, 6.20, 8.30 Uhr

Die neuesten Wochenberichte  
 (Meister-Wache)  
 Beginn 4 Uhr

Alte Promenade Nr. 11a  
 Fernruf Nr. 5788

Wenn Herzen  
 scheiden, die sich einst  
 geliebt ...  
 oder  
 Die vom Stamme Asra  
 Liebesroman aus den  
 Zigeuner- u. Künstler-  
 kreisen. 5 Abteilungen  
 Vorführung: 4.30, 6.40, 9.00 Uhr

Einen Augenblick,  
 gleich fertig  
 Lustspiel in 2 Akten  
 Lachen ohne Ende  
 Hauptrolle:  
 Curt Vespermann  
 Vorführung: 4.00, 6.10, 8.20 Uhr  
 Beginn 4 Uhr

Die Abend-Vorstellungen beginnen 5.15 Uhr

**Zoo.**  
 Heute, Donnerstag,  
 nachmittags 4 Uhr  
 und abends 7 1/2 Uhr:  
**Militär-Konzert.**  
 ausgeführt von der  
 Kapelle des Pflücker-  
 Regiments Nr. 36.  
 Leitung: Kapellmeister  
 Otto Haupt. \*1188  
 Eintrittspreise:  
 für Erwachsene 1.00 Mk.  
 (von 7 Uhr abends an 75¢)  
 für Kinder 0.50 Mk.  
 Zu dem Abend-Konzert  
 haben die Wittekind-Abon-  
 nenten freien Zutritt.

**Apollo-Theater.**  
 Gastspiel des Königer  
 Metropol-Theaters.  
 Heute und täglich 8 Uhr:  
**Die Czardasfürstin.**  
 Operette v. E. Kálmán  
 mit Emmy Sturm  
 in der Hauptrolle. 1748  
 Vorverk. 9-1 u. 5-1/2.

**Stadttheater.**  
 Freitag, 13. Juni 1919,  
 7 1/2 Uhr, Ende nach 9 Uhr:  
**Ueber unsere Kraft.**  
 I. Teil  
 Schauspiel von Björnson.  
 Sonntag, den 15. Juni 1919,  
 abends 7 1/2 Uhr: 1732

**Rad Wittekind.**  
 Freitag, den 13. Juni 1919,  
 nachmittags 8 1/2 Uhr:  
**Kur-Konzert,**  
 ausgeführt von der  
 Kapelle des Pflücker-  
 Regiments Nr. 36.  
 Leitung: \*1181  
 Kapellmeister Otto Haupt.  
 Eintrittspreise:  
 für Erwachsene 60 Pfg.  
 Kinder 40 ¢  
 Dauerkarten haben Gültigkeit

**Thalia-Theater**  
 Gastspiel des Stadttheater-Personals.  
 Sonntag, den 15. Juni 1919,  
 abends 7 1/2 Uhr: 1732  
**Jugend.**  
 Liebesdrama von Max Halbe.  
 Güterhalt, Fahrrad, mit  
 Freilauf u. Gummibereifung.  
 zu verk. 60. Güterstr. 12 p.  
 Eingang Altkönigsberg-173

**Zentralverband der Zimmerer.**  
 Sonnabend, 14. Juni, abends 7 1/2 Uhr,  
 im Niebeckbrän:

**Berammlung.**  
 Tagesordnung: 1718  
 1. Bericht von der Generalversammlung.  
 2. Bericht der Vermögenskommission zum  
 Stiftungsfest.  
 3. Wahl des Tarif- und Schlichtungsausschusses.  
 Der Vorstand.

**Verband der Dachdecker.**  
 Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 3 Uhr,  
 im Lindenhof, Kröllwitz:

**Sommer-Vergnügen.**  
 Hierzu ladet ein Der Vorstand.  
 Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 Uhr, in  
 der Goldenen Kette, Altmarkt 3:

**Versammlung.**  
 Tagesordnung: 174  
 Stellungnahme zum Gantag und Delegiertenwahl.

**Deutscher Bauarbeiterverband**  
 Zweigverein Halle.  
 Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 Uhr,  
 im Volkspark (Kolonnade):

**Mitgliederversammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht der Kommission über die Kaufpreiskette  
 vom Jahre 1911—1914.  
 2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.  
 Die Kollegen werden ersucht, recht pünktlich zu erscheinen.  
 Die Ortsverwaltung.

**Bohrpaste,**  
 wirklich gute, schmalzartige Ware, nicht eindrockend,  
 hell und bündel, liefert jedes Quantum sofort ab Lager  
**„Merkur“**  
 Einfuhr- und Handelsgesellschaft m. b. H.,  
 Königstraße 70. Fernruf 3425. 1746

**Familien-Nachrichten.**  
 Mittwoch, den 11. Juni, verchied plötzlich und unerwartet unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester, Nichte und Enkelin  
**Charlotte Waldenburg,**  
 im jungen Alter von 9 Jahren. Sie folgte ihrer Schwester nach 4 Wochen in die Grube mit nach. Dies zeigen an die tiefbetäubten Entschlafenen  
**Familie Waldenburg.**  
 Halle a. S., Torstraße 51.  
 Die Beerdigung findet Sonnabend mittags 1 Uhr auf dem Südfriedhofe statt.

**U. S. P. Döllitzsch.**  
 Infolge Gehirnschlages verchied am Dienstag, den 10. Juni, plötzlich und unerwartet unsere Genossin  
**Frau Emilie Rissig.**  
 Die Partei wird der Bestenbedenken immer in Ehren gedenken.  
 Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle aus statt. Regere Beteiligung aller Genossinnen und Genossen erwartet.  
 \*1175 Der Vorstand.

Kammer-Groß-Spielplatz 22

**Mady Christians**

**Eine junge Dame von Welt**  
 Nach dem Roman von Pauline von Zabelitz.

**Hugo Flink**

**Teddy wird verpackt.**  
 Wollen Sie mal lachen?  
 Bitte kommen Sie!

Heute zum letzten Male:  
**Schmutziges Geld.**  
 Letzte Vorstellung 9 Uhr.

**Der Glanz bleibt** \*116

auch bei nassem Wetter auf Ihren Schulden, wenn Sie  
 Dr. Gentes's Leinwandseife  
**Nigrin**  
 verwenden, denn Nigrin ist wasserbeständig, während gewöhnliche Seifen sich im Regenwasser schwarz auflöst und alles beschmutzt.  
 Dr. Gentes, auch bei so heißen Witterung als „Roberta“ Carl Gentes, Stöppchen (Wittenberg).  
 Eberwein & Co., Talmannstrasse 2.

**Kommunistische Partei Deutschlands**  
 (Spartakus), Ortsgruppe Halle.  
 Ans Anlaß der Verurteilung der Genossin Rosa Luxemburg  
 Freitag, 13. Juni, vormittags 10 Uhr, auf dem Hallmarkt:  
 Große öffentliche  
**Demonstrations-Versammlung.**  
 Alle revolutionären Proletarier haben die moralische Pflicht, neben dem Blutregiment zu demonstrieren. Erscheint in Massen!

276